

Brief vom Oktober 2016

Die sich auch in der Überschrift zu dem Artikel wiederfindende Aussage, dass eine Fusion der Verbandsgemeinden Langenlonsheim und Stromberg in der VG Langenlonsheim auf eine „breite Ablehnung“ stoße, ist schlichtweg falsch. Falsch vor allem deshalb, weil sich bisher die letztlich zuständigen Gremien (Verbandsgemeinderat, Ortsgemeinderäte) in der Verbandsgemeinde Langenlonsheim überhaupt noch nicht damit befassen haben, geschweige denn, eine Aussage dazu getroffen haben. Auch in der Bevölkerung gibt es bisher keine wahrnehmbare Diskussion darüber. Zutreffend ist, dass das Innenministeriums nach dem entsprechenden Landesgesetz für einen zukünftigen Bestand der Verbandsgemeinde Stromberg keine künftige Möglichkeit sieht und auf eine Veränderung besteht. Darin wird sich auch – nicht zuletzt aus Gleichheitsgründen wegen bei vergleichbaren Verbandsgemeinden erfolgten Fusionen in der Vergangenheit - nichts rütteln lassen. Wenn jetzt allerdings in den Köpfen mancher örtlicher Kommunalpolitiker Gedankendarüber bestehen, statt einer Fusion die Verbandsgemeinde Stromberg mit der Abgabe einzelner Gemeinden an verschiedene Verbandsgemeinden sozusagen „in ihre Einzelteile zu zerlegen“, wird dies an der vom Innenministerium abgelehnten Überschreitung von Kreisgrenzen scheitern. Somit wird dies dann auf eine Fusion der beiden Verbandsgemeinden hinauslaufen. Dem muss man sich jetzt dann auch dort stellen. Wenn nun der Verbandsbürgermeister der Verbandsgemeinde Langenlonsheim aber darauf drängt, eine Fusion mit Stromberg sofort strikt abzulehnen und dies auch noch mit einem - wohl ohne nochmalige Rücksprache mit der VG Stromberg gefertigten - „Auswirkungspapier“ in Bezug auf die Finanzen zu untermauern versucht, ist dies politisch unklug und – entgegen der Auffassung des Bürgermeisters - eben gerade nicht förderlich für beide Verbandsgemeinden und ihre Bevölkerung. Andere Verbandsgemeinden haben es in der Vergangenheit mit einer solchen Ablehnung versucht und bekamen dann eine – bis auf einen Fall auch höchsttrichterlich bestätigte - Zwangsfusion. Mit der Folge, dass das Innenministerium dort die Bedingungen festsetzte und es für die Verbandsgemeinden keine Möglichkeit gab, wie bei einer freiwilligen Fusion, diese aktiv mitzugestalten. Geschweige denn, von durch das Land dann gewährte finanzielle Zuwendungen zu profitieren. Daher wäre auch eine hinter der jetzt ins Auge gefassten Ablehnung möglicherweise stehende Intension, damit könnte man die Verhandlungsposition verbessern, höchst fragwürdig und gefährlich. Stattdessen sollte erst einmal – wie in der Verbandsgemeinde Stromberg vorgesehen - eine direkte Information der Ratsmitglieder durch einen Vertreter des Innenministeriums stattfinden und auch Bürgermeisterin Denker im Langenlonsheimer Verbandsgemeinderat die Gelegenheit gegeben werden, die Angelegenheit aus ihrer Sicht darzustellen. Denn erste Gespräche haben auch gezeigt, dass noch viel Informationsbedarf besteht, der nicht allein durch den Langenlonsheimer Bürgermeister gedeckt werden kann und darf. Bei dieser Sachlage wäre es aus meiner Sicht also grundfalsch, wenn der Verbandsgemeinderat Langenlonsheim in seiner nächsten Sitzung, und dann auch noch in einer bei manchen Ratsmitgliedern emotional aufgewühlten Stimmung, der im Zeitungsartikel genannten Beschlussvorlage zustimmen würde.

Mit freundlichen Grüßen
Hartmut Kuntze
Waldstraße 13
55452 Windesheim